

presse

Die Flexi-Quote bringt keinen Fortschritt

Anlässlich aktueller Äußerungen der Bundesfrauenministerin Dr. Kristina Schröder zu einer Frauenquote für die Wirtschaft erklärt die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion Christel Humme:

Die Mehrheit der Frauen im Parlament ist sich einig: Wir brauchen eine gesetzlich verbindliche Quote für Aufsichtsräte und Vorstände, denn freiwillige Selbstverpflichtungen bringen nichts. Deshalb fordert die SPD-Bundestagsfraktion eine gesetzliche Quote von mindestens 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände, erklärt Christel Humme.

Die Mehrheit der Frauen im Parlament ist sich einig: Wir brauchen eine gesetzlich verbindliche Quote für Aufsichtsräte und Vorstände. Anders lässt sich der längst überfällige höhere Anteil an Frauen in Führungspositionen nicht erreichen.

Die Flexi-Quote à la Schröder als Verpflichtung zur Selbstverpflichtung ist genauso zum Scheitern verurteilt wie die zehn Jahre alte freiwillige Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft.

Deshalb fordert die SPD-Bundestagsfraktion eine gesetzliche Quote von mindestens 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände. Es ist bedauerlich, dass

ein Vorschlag der rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen vor 14 Tagen im Bundesrat gescheitert ist.

Um das zu korrigieren sollten sich alle Frauen im Parlament auf einen Gruppenantrag mit einer verbindlichen Quote von mindestens 40 Prozent verständigen. Es ist schon zu viel wertvolle Zeit für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern verloren gegangen.